

# Eindrücke vom Erfurter Parteitag der AfD im März 2014

Auszüge aus einer Analyse vom 31.3.2014 / Internet 2.12.14

.....

Luckes "Leitlinien-Projekt" kam auf dem Parteitag nicht so durch, wie er es sich gewünscht hätte. Immerhin wurde es ihm nicht von der Tagesordnung gestrichen. Er argumentierte, wir bräuchten darüber nur zu diskutieren und nicht abzustimmen und würden dies sicher noch am Samstag vom Tisch bekommen - was sich freilich als falsch herausstellte. Die Dringlichkeit des Projekts begründete er damit, dass die Partei in Öffentlichkeit und Medien als „rechts stehend“ wahrgenommen würde. Schon angesichts der 300.000 Bundestagswahlstimmen linker Wähler wäre das für die AfD schädlich??

Lassen wir das eigenartige „Dringlichkeitsargument“ außen vor und wenden uns der *Methode* zu, mit der Lucke seine Leitlinien umsetzen will. Es soll eine Redaktion gebildet werden, die er aus verschiedenen Bewerbungen auswählen will. An diese Redaktion könnten Änderungswünsche gesandt werden, die dann, wie beim Europawahl-Programm, als "Alternativen" in den Lucke-Text eingearbeitet würden. Schließlich sollte elektronisch über den Text mit den Alternativmöglichkeiten abgestimmt werden.

Warum ist dieses Verfahren nicht so demokratisch, wie es aussieht? Weil hier Grundsatzdiskussionen nicht offen, sondern „präformiert“ ablaufen und auf ein elektronisches multiple-choice-Verfahren reduziert werden. Richtig wäre es, erst einmal vorhandene Grundsatzpapiere in der Partei zu sichten und gegebenenfalls weitere Artikel mit verschiedenen Ansätzen anzuregen und über den Bundesverteiler in die Partei einzubringen. Lucke baut jedoch, wie bei seinen Islamthesen, auch bei den "Leitlinien" erst einmal sein eigenes gedankliches Gehege auf, innerhalb dessen die weitere Diskussion abzulaufen hat. Man kann dann nur noch entscheiden, ob man in der rechten oder in der linken Ecke dieses Geheges sitzen will. Die Frage, ob seine gesamte Rahmenvorgabe vom Ansatz her Sinn macht, soll gar nicht aufkommen. Ich nenne das eine "eingezäunte" Diskussionskultur resp. gelenkte innerparteiliche Demokratie.

## **Meine Ukraine-Resolution: Der Vorstand bremst die Basis aus**

Lucke hatte es fertig gebracht, in einer fast einstündigen Eröffnungsrede nicht einmal das Wort *Ukraine* in den Mund zu nehmen, geschweige denn eine inhaltliche Stellungnahme zu dem derzeit die Menschen am meisten bewegenden politischen Thema abzugeben. Deshalb habe ich am Ende der Diskussion über das Europawahlprogramm folgenden Resolutionsvorschlag eingebracht:

„Angesichts der Verschärfung der Ukraine-Krise und der Gefahr eines neuen Kalten Krieges setzt sich die AfD nachdrücklich für eine Deeskalation der Situation ein. In diesem Sinn fordert sie die deutsche Bundesregierung auf, sich nicht mit deutschen Steuergeldern an den geplanten milliarden schweren Unterstützungsmaßnahmen für die demokratisch nicht legitimierte Regierung in Kiew zu beteiligen.

Darüber hinaus fordert die AfD die deutsche Bundesregierung auf, sich jeglicher Sanktionsmaßnahmen gegen Russland zu enthalten. Würden diese

doch zu einer Eskalationsspirale führen, die beiden Ländern in höchstem Maße schadete!

Schließlich fordert die AfD von der deutschen Bundesregierung, sich in dieser Frage von den USA zu distanzieren, die offensichtlich Deutschland und Russland mit aller Macht in einen neuen Kalten Krieg hineintreiben wollen.“

Dieser Resolutionsvorschlag wurde mit großem, teilweise frenetischen Applaus von der Versammlung aufgenommen, sehr zum Schrecken von Lucke und anderen Vorstandsaktivisten auf dem Podium! Mit allen Mitteln versuchten sie eine sofortige Abstimmung zu verhindern und das Problem durch Einrichtung einer „Konsens-Kommission“ zu „lösen“ – ein Vorgehen, das auch in Brüssel in solchen Fällen beliebt ist. Ergebnis war dann eine weich gespülte Resolution, die am nächsten Tag mit übergroßer Mehrheit verabschiedet wurde, freilich ohne nennenswerte Resonanz in den Medien. Man hat also unsere politische Wirksamkeit dem maximalen innerparteilichen Konsens geopfert!

Wir müssen uns entscheiden, was wir wollen. Wollen wir eine Wohlfühl-Partei sein, die gerade bei heißen Themen immer so formuliert, dass jeder unterschreiben kann? Oder wollen wir politisch wirken und Einfluss gewinnen? Dann aber muss eine Mehrheit vorsehen, auch wenn eine Minderheit das nicht mitträgt, um die Partei und die politische Diskussion insgesamt voranzubringen. Ich plädiere für Letzteres. Selbstverständlich wird das für viele Leute immer wieder Anlass sein, die Partei zu verlassen. Das ist normal. Es kommt aber darauf an: Wenn 100 Leute die Partei verlassen, müssen in den nächsten Monaten 500 oder 1000 oder noch mehr neue Mitglieder hinzukommen. Dann stimmt die Relation, und die Partei entwickelt sich weiter. Eine verschwommene Konsenseinheit aber in den großen Fragen ist eine *lähmende* Einheit: Die Partei gewinnt kein klares Profil. Das aber braucht sie, wenn sie eine neue Volkspartei werden will: notwendige und legitime Nachfolgerin der abgewirtschafteten CDU/CSU.

.....

## **Neue FDP und neue CDU: Passt das zusammen?**

Grob gesagt gibt es zwei Richtungen in der AfD: Die einen wollen eine personell erneuerte eurokritische FDP, ansonsten identifizieren sie sich weitgehend mit der von den Altparteien seit Jahren betriebenen Politik in Deutschland. Viele von ihnen waren FDP-Mitglieder und sind oft sehr spät ausgetreten, nämlich erst dann, als der demoskopische Absturz der FDP absehbar war. Einige von ihnen versuchen wohl, die in ihrer alten Partei nicht mehr möglichen Karriereziele unter neuen (besseren) Bedingungen in der AfD weiter zu verfolgen.

Die andern in der AfD wollen eine neue CDU. Diese Gruppe dürfte deutlich größer sein, aber auch wesentlich diversifizierter. Die CDU ist für sie nicht mehr das, was sie einmal war, wobei der Zeitpunkt, mit dem sie den Beginn des Verfalls verbinden, sehr unterschiedlich ist. Folgende Namen und Begriffe charakterisieren die Stationen des Verfalls der C-Parteien: Maastricht, Euroeinführung, politische Union – „Einwanderungsland“, „Leitkultur“, Hohmann – Kosovo, Irakkrieg – schließlich die „Alternativlosigkeit“ der Euro-Rettung. Daraus ergibt sich unter den CDUler in der AfD ein sehr unterschiedliches Maß an „Alternativität“: Die einen wollen zurück zur

Zeit vor Maastricht, ja zur Zeit vor Kohl, den anderen genügt schon ein Zurück zur *No bail out*-Klausel.

### Programmatische „Gretchen-Fragen“

Aus meiner Sicht (siehe die verschiedenen Diskussionspapiere zur AfD auf meiner Webseite) muss sich die Partei in den nächsten ein bis zwei Jahren in den folgenden „Gretchen-Fragen“ eindeutig positionieren:

1. Ist die Zeit gekommen, sich **geopolitisch neue Optionen** offen zu halten, zum Beispiel in Richtung der BRIC-Staaten, insbesondere Russland? Oder ist das Bündnis mit den USA für uns auch dann noch alternativlos, wenn uns diese, gegen unsere ureigensten Interessen, immer mehr in einen neuen Kalten Krieg gegen Russland hineinzutreiben versuchen?
2. Dient die NATO, die für uns im Kalten Krieg unverzichtbar war, heute noch unseren politischen Interessen -- oder müssen wir vielmehr ein *europäisches* Verteidigungssystem aufbauen, sozusagen eine **NATO ohne die USA**?
3. Geht es in der Europapolitik um ein Zurück zu Maastricht oder um ein **Zurück zur Zeit vor Maastricht**?
4. Sind wir damit einverstanden, dass die deutschstämmige Bevölkerung in ca. drei Generationen nur noch eine Minderheit in Deutschland darstellt? Oder wollen wir am *deutsch*-europäischen Charakter Deutschlands festhalten, zum Beispiel durch **plebiszitäre Festlegung von Zuwanderungsquoten**?
5. Wollen wir eine Gesellschaft im Sinne einer geistig-kulturellen Einheit, die sich über eine **gemeinsame (europäische) Leitkultur** definiert, oder wollen wir verschiedene miteinander konkurrierende Communities mit je verschiedenem kulturellen Background, die lediglich durch ein rechtlich-verfassungsmäßiges System zusammen gehalten werden?
6. Schließlich: Ist der **politische Islamismus**, in Deutschland vor allem der türkische von Erdogan und Gülen, eine ernst zu nehmende politische Gefahr? Oder ist er ein verschwörungspolitisches Produkt unverbesserlicher Rechtsextremisten?

Von der Antwort auf diese Fragen hängt ab, ob die AfD eine wirkliche Alternative für Deutschland wird oder nur eine Schein-, eine Feigenblatt-Alternative; ob sie für Deutschland unentbehrlich oder überflüssig oder gar schädlich wird.

### Was bedeutet Henkel im Bundesvorstand, welche Rolle spielt Lucke?

Olaf Henkel kann als typischer Repräsentant des deutschen Altparteiensystems gesehen werden: jahrelang aktiver FDP-Anhänger, war er bis zu seinem Eintritt in die AfD im Januar 2014 unter anderem als Senior Advisor der *Bank of America* tätig und muss so als einer der bekanntesten Wall Street-Lobbyisten in Europa gesehen werden. Wie viele Europäer betrachte auch ich die Wall Street nicht als segensreiche Einrichtung, die sich um den Wohlstand der Menschheit sorgt, sondern als

Institutionalisierung mafiöser Strukturen, die durch moralisch fragwürdige Devisenspekulationen den Rahm der Weltwirtschaft abschöpfen und damit wesentlich zur Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung beitragen. Von daher hat es mir schon erhebliche Bauchschmerzen bereitet, einen Wall Street-Lobbyisten ganz oben auf der Europawahl-Liste der AfD zu sehen. Ich habe die Entscheidung von Aschaffenburg [Bundesdelegiertenversammlung zur Europawahl] nach außen aber loyal mitgetragen in der Hoffnung, Henkel würde vielleicht (??) ein Zugpferd im Wahlkampf darstellen und das Europa-„Parlament“ hätte ohnehin nicht eine so große politische Bedeutung für uns.

Dass er in Erfurt freilich in den Bundesvorstand gewählt wurde und jetzt die Politik der AfD wesentlich in Richtung einer neuen Ersatz-FDP prägen kann, ist für mich nicht mehr hinnehmbar, dies umso weniger, als in Erfurt ersichtlich war: Ohne Luckesche Hintergrundregie wäre es Henkel nicht gelungen, so glatt in den Bundesvorstand hinein zu kommen.

Wie aber kommt Lucke dazu, den superliberalen Amerikafreund Henkel in der AfD so hoch zu bringen? Gilt er, Lucke, doch vielen AfD-Mitgliedern immer noch als Garant einer konservativen Politik. Aber ist er das wirklich? Persönlich mag er engagierter Christ sein. Doch schon auf dem BaWü-Landesparteitag in Pforzheim im November 2013 hat er viele überrascht, als er sich für Moscheebauten mit Minaretten in Europa aussprach, und seine ständigen Nichtdiskriminierungsbeteuerungen im rot-grünen Sinn befremden viele konservative Mitglieder. Sein Verhalten im Fall Henkel aber verdeutlicht: Lucke selbst repräsentiert politisch wesentlich mehr linksliberale FDP als konservative CDU, zumindest an den Maßstäben einer Adenauer-CDU gemessen!

.....

### **Konsequenzen aus dem Erfurter Parteitag: Plattformen und parteiinterne Gruppen gewinnen an Bedeutung**

.....

Dieser Parteitag war eine Niederlage für die konservativen Kräfte. Ich werde deshalb jetzt Gruppen und Plattformen unterstützen, die auf ein klares Profil der AfD im Hinblick auf konservative und auch christliche Politik hinarbeiten. Es ist an der Zeit, eine ständig auf Kompromissformulierungen angelegte Politik aufzugeben. Auch sollte die Partei nicht mehr ihre gesamte Zeit, Arbeit und Energie durch ständig neue Wahlen vereinnahmen lassen. Die verschiedenen anstehenden Wahlen (Europawahl, Kommunalwahlen, Landtagswahlen etc.) haben für uns nur eine begrenzte Bedeutung. Wichtig wird erst die nächste Bundestagswahl, die freilich schon wesentlich früher als 2017 kommen könnte.

Umso dringender muss sich die Partei jetzt ihrem Programm zuwenden, was nicht primär Arbeit in Programmkommissionen, sondern Intensivierung der Programmdiskussion auf allen Ebenen der Partei bedeutet. Die von mir oben dargestellten Grundfragen sollten dabei in den Vordergrund gestellt werden, nicht weil andere Fragen wie Energie, Bildung und Gesundheit nicht wichtig wären, sondern weil es von diesen sechs Grundfragen abhängen wird, ob die AfD zusammenhält oder auseinander fliegt. Nur eine programmatische Einheit ist eine wirkliche und wirksame Parteieinheit. Primär organisatorische und statutarische Festlegungen sind vergleichsweise oberflächlich. Programmatische Introversion der Partei ist in nächster Zeit also wichtiger als Wahlkampf-orientierte Extraversion.